

BERGBAU

Bedroht Giftmüll das Grundwasser?

THOMAS PFLAUM / VISUM

Im Skandal um mehr als 500 000 Tonnen Sondermüll, die in Steinkohlenbergwerken gelagert werden, kommen der Kohlekonzerne RAG und die nordrhein-westfälische Genehmigungsbehörde durch ein neues Gutachten in Erklärungsnot. Demnach wurden kurz vor der Genehmigung der Sondermüll-lagerung 1994 eindeutige Hinweise gefunden, dass der hochgiftige Müll mit Grund- und Trinkwasser in Verbindung kommen könnte. Dies geht aus einem noch unveröffentlichten Gutachten des Geologen Peter Carls hervor. Der Wissenschaftler hat Hunderte Seiten Genehmigungsunterlagen aus den neunziger Jahren geprüft und erstaunliche Funde gemacht. So

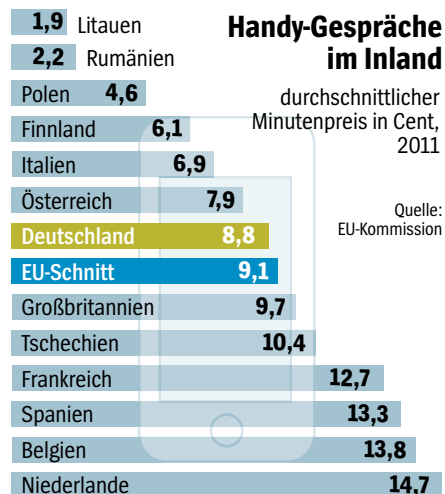
gab es damals in den Schachtanlagen klare Hinweise auf Süßwasser. Normalerweise, so Carls, sei das Wasser in Tiefen von bis zu 1000 Metern extrem salzhaltig. Dass in den Proben immer wieder auch Süßwassermengen auftauchen, könne nur einen Grund haben: Durch bergbaubedingte Brüche und Senkungen bestünden Verbindungen zur Oberfläche und damit zu grundwasserführenden Schichten. Genau das bestreiten RAG und die zuständige Bergaufsicht bislang vehement. Sie behaupten, dass der mit hochgiftigen Dioxinen und Schwermetallen verseuchte Müll sicher eingeschlossen sei. Auswaschungen könnten wegen der Undurchlässigkeit der darüberliegenden

den Gesteinsmassen nie an die Oberfläche gelangen. Süßwasser komme nicht vor. Erste Zweifel an diesen Behauptungen hatte kürzlich ein Landwirt in Bergkamen geäußert (SPIEGEL 29/2013). Er hatte beobachtet, dass auf seinen Feldern aus Erdspalten Wasser austritt. In der Umgebung verdorrt die Erde, und es wachsen keine Pflanzen. Bodenproben im Umkreis ergaben hohe Salzgehalte, auch Dioxine und Schwermetalle wurden in geringen Konzentrationen gefunden. Die NRW-Landesregierung will den Vorgang am Mittwoch im Umweltausschuss diskutieren. Umweltverbände wie der BUND sprechen von einer „tickenden Zeitbombe“.

MOBILFUNKTARIFE

Angst vor Kostenanstieg

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) warnt davor, dass die EU-weite Abschaffung der Roaming-Gebühren zu einem Anstieg der Mobilfunktarife in Deutschland führen könnte. „Unsere Sorge ist, dass die Konzerne sich dieses Geld wiederholen, indem sie einfach die nationalen Tarife anheben“, sagt VZBV-Chef Gerd Billen. Die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes hatte vergangene Woche angekündigt, die teuren Auslandstarife für Handys bis Mitte



2014 komplett abschaffen zu wollen. Die Telekommunikationsunternehmen sind gegen den Vorstoß, schließlich würde er sie rund 1,6 Milliarden Euro kosten. „Sollte Kroes ihre Pläne durchkriegen, müssen die Regulierungsbehörden die Preisentwicklung am deutschen Handymarkt sehr genau beobachten“, fordert Billen. „Sonst zahlen die Verbraucher am Ende das Gleiche – es wird nur anders verpackt.“ Die deutschen Mobilfunktarife liegen derzeit mit durchschnittlich 8,8 Cent pro Minute europaweit im Mittelfeld. Am wenigsten zahlen die Kunden mit 1,9 Cent in Litauen, am meisten mit 14,7 Cent in den Niederlanden, 674 Prozent mehr als die Litauer.